

Wenn die beiden wichtigsten Trump-Unterstützer streiten

Vier Tage vor der Vereidigung des designierten US-Präsidenten Donald Trump ist im Kreis seiner wichtigsten Unterstützer ein offener Streit ausgebrochen. Sein Spindoctor und Stratege Steve Bannon und der Tech-Milliardär Elon Musk buhlen mit harten Bandagen um die Gunst des Meisters. Die Interessen und Ausgangslagen könnten dabei unterschiedlicher nicht sein.

Musk und die Tech-Milliardäre aus Kalifornien wechseln gerade die Seiten. Im Silicon Valley war man über Jahrzehnte fest an der Seite demokratischer Präsidenten wie Clinton und Obama, verteilte großzügig Hunderte Millionen Dollar an Wahlkampfspenden und machten keinen Hehl daraus, wie sehr sie die wertkonservativen Republikaner im Bible Belt, die Abtreibungsgegner und die Tea Party mit ihren Sternenbanner-Aufmärschen verachteten.

Mit Joe Biden ließ diese Zuneigung spürbar nach, denn der nutzte seine Amtszeit, um Regulierungen für die Hightech-Industrie und den Kryptomarkt einzuführen, die die bisher nahezu uneingeschränkte Bewegungsfreiheit der Mega-Unternehmer einschränkte.

Mit der erneuten Wahl von Donald Trump und dessen Bereitschaft, das alles wieder einzukassieren und auch den Bitcoin mächtig aufzuwerten, verschieben sich die einstigen Gesetzmäßigkeiten gerade deutlich.

Die Berufung von Elon Musk zu Trumps wichtigstem Berater ist nur der deutlichste Ausdruck dieser Entwicklung, der unterwürfige Besuch von Mark Zuckerberg zum Abendessen in Mar-a-Lago bei Trump und die anschließende Millionenspende für die Amtseinführungs-Feierlichkeiten sind ein anderes Zeichen, dass neue Zeiten anbrechen werden in Washington DC - auch und gerade für die mächtigen Wirtschaftsbosse.

Elon Musk ist der reichste Mann der Welt, mit X betreibt er das vielleicht mächtigste Soziale Netzwerk auf der Welt. Was kann da ein Steve Bannon schon anrichten, werden Sie denken.

Musk hat das Geld, aber Bannon hat die Leute

Der frühere Chef der konservativen Webseite *Breitbart News* hatte entscheidenden Einfluss auf Trumps ersten Wahlerfolg 2016, als nahezu alle Mainstreammedien Amerikas aus allen Rohren gegen den Immobiliencycoon aus New York mit den manchmal schlechten Umgangsformen feuerten. Bannon wird nachgesagt, der Erfinder von MAGA (Make America Great Again) zu sein. Er ist der Denker und Stratege, der im Hintergrund immensen Einfluss auf das Geschehen bei den Republikanern ausübt. Und auch wenn es zwischendurch Verstimmungen zwischen Trump und Bannon gab, ist unübersehbar, dass er wieder starken Einfluss auf die Ernennung des neuen Kabinetts und die zukünftige Strategie Trumps hat. Es bleibt spannend, schon bevor es überhaupt richtig losgeht...

+++Freie Medien brauchen die Unterstützung ihrer Leser, um existieren zu können+++Bitte spenden Sie nach Ihren Möglichkeiten für unsere Arbeit auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++Oder über PayPal @KelleKlaus+++

Wenn Sie nachher auf der Straße jemand anspricht....

Haben Sie auch schon mal Unterschriften für eine Kleinpartei gesammelt, die zur Wahl antreten möchte? Das ist kein Spaß, kann ich Ihnen sagen. 2000 Unterschriften in einem Bundesland, das klingt erstmal nicht viel. Doch meistens sind es ja bei solchen Parteien nur wenige Aktive, die durch ihren Einsatz darüber entscheiden, ob die eigene Truppe auf dem Wahlzettel steht oder eben auch nicht.

Die Bundeswahlleiterin hat gestern mitgeteilt, wen Sie am 23. Februar sicher ankreuzen können: CDU und CSU, SPD und Grünen, FDP, AfD, die CSU, die Linke, weil die bereits alle im Deutschen Bundestag mit Abgeordneten vertreten sind. Und dann noch Bündnis Deutschland (BD), Wagenknechts BSW und die Freien Wähler, weil sie in Landtage mit mindestens fünf eigenen Abgeordneten vertreten sind.

Ein Sonderfall ist der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), Partei einer nationalen Minderheit, für die die Fünf-Prozent-Klausel nicht angewendet wird.

Die Frist für Wahlvorschläge und Unterschriftenlisten läuft bis zum 20. Januar, 18 Uhr. Sie müssen als Landeslisten bei den Landeswahlleitungen beziehungsweise als Kreiswahlvorschläge bei den Kreiswahlleitungen eingereicht werden. Über die Zulassung entscheiden dann die Landes- bzw. Kreiswahlausschüsse am 24. Januar. Bis dahin wird gesammelt.

Für die Unterschriften gibt es - natürlich - Formulare

Um unterschreiben zu können, müssen sie volljährig und wahlberechtigt sein. Und, ganz wichtig, Sie dürfen für eine Wahl nur EINE Unterstützungsstimme für die Zulassung einer Partei geben. Auch da müssten Sie sich dann bitte entscheiden, denn Namen, die doppelt oder dreifach auftauchen, sind raus.

56 Parteien und Gruppierungen haben sich für die Wahl am 23. Februar beim Bundeswahlleiter gemeldet und angezeigt, dass sie zur Wahl antreten wollen. 15 sind allerdings schon raus, etwa die Partei für Motorsport oder die rechtsextreme Identitäre Bewegung (IB), die die rechtlichen Vorgaben nicht einhielten, Briefe nicht unterschrieben oder ihre Anmeldung nicht per Brief, sondern nur per Mail schickten. Nicht dabei sein wird auch die „Döner Partei“, die zu wenige Mitglieder nachweisen konnte.

Für die anderen gilt jetzt: Raus auf die Straßen, Regen und Schneematsch hin oder her, und erwachsene Mitmenschen freundlich ansprechen. Ich kenne eine Frau, die vor den Landtagswahlen in Brandenburg jeden Tag in einer anderen Stadt unterwegs war, um wildfremde Menschen anzusprechen. Auch nicht

jedermanns Sache. Aber: Ihr allein gelang es, 300 Unterstützungsunterschriften für ihre neue Partei zu sammeln – das sollte der Partei auf jeden Fall eine goldene Ehrennadel wert sein, auch wenn die Fünf-Prozent-Hürde in diesem Fall nicht zu überspringen war.

Also, auf-auf Ihr Bayernpartei, Gartenpartei und Partei der Humanisten, Ihr Bündnis C und WerteUnion! Bis zum 20. Januar um 18 Uhr müssen die Landeslisten und Unterschriften eingereicht und behördlich geprüft werden. Am 24. Januar wird endgültig entschieden, wer dann auf die Stimmzettel kommt.

Länder dürfen Fußballvereinen Polizeieinsätze in Rechnung stellen

Der Rechtsstreit tobt seit 2015, genau seit dem Bundesligaspiel zwischen dem SV Werder Bremen und dem Hamburger SV, einem Hochrisikospiele im Fußball-Norden, zweifellos. So etwas wie früher Borussia Dortmund gegen Schalke 04. Da rückt die Polizei mit allem an, was sie hat. Und das kostet. Den Steuerzahler.

Nach diesem Spiel vor zehn Jahren schickte das Land Bremen dem SV Werder eine Rechnung für den Polizeieinsatz über 425.000 Euro.

Wenn das Schule macht, kommen auf die Profivereine insgesamt erhebliche Kosten zu. Und nicht nur auf die Profivereine, denn Hochrisikospiele gibt es vereinzelt auch in der vierten oder fünften Liga. Und wieso nur Fußball? Müsste die Stadt Köln nicht den Karnevalsvereinen Rechnungen schicken? Oder die Stadt München den Festwirten auf dem Oktoberfest? Oder die Stadt Berlin der linksradikalen antifa?

Was überhaupt ist öffentliche Aufgabe?

Die Polizei ist dafür da, bei großen Menschenansammlungen präsent zu sein und für Sicherheit zu sorgen. Das ist ihre Aufgabe, das ist sozusagen im Preis mit drin.

Aber es ist natürlich ein Unterschied beim Aufwand, ob Schalke gegen Dortmund spielt oder Sandhausen gegen Viktoria Köln.

Das Bundesverfassungsgericht hat heute das Urteil gesprochen.

Die Bundesländer können ihre Polizeikosten bei Hochrisikospiele den Profivereinen in Rechnung stellen. »Die Erhebung einer solchen Gebühr genügt als Berufsausübungsregel den verfassungsrechtlichen Anforderungen, insbesondere denen der Verhältnismäßigkeit«, sagte der Vorsitzende des Ersten Senats, Stephan Harbarth. Maßstab für die Rechnungsstellung sei, dass es bei früheren Begegnungen von

solchen Vereinen, immer wieder zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen ist.

Bis heute war es nur das kleine Bundesland Bremen, das Polizeieinsätze in Rechnung stellt, in Hamburg beschäftigt sich die Bürgerschaft ebenfalls bereits mit diesem Thema. Wie andere Bundesländer mit dem aktuellen Urteil umgehen werden, ist noch offen.

BSW-Mitbegründer beschreibt Wagenknecht als „komplett irre“

BSW-Mitbegründer Torsten Teichert, zuständig für den Aufbau der Wagenknecht-Partei im Hamburg, hat in einem Schreiben seiner Parteichef vorgeworfen „komplett irre“ zu sein. Wörtlich: „Du hast mich und viele andere zuerst getäuscht - und dann enttäuscht. Viele ihrer Analysen seien richtig, aber die Umsetzung komplett miserabel.

Teichert, einst Vizepräsident der Handelskammer, schreibt weiter:

„Wir brauchen keinen neuen Führer-Kult. Wir brauchen keine undemokratischen Parteistrukturen. Wir brauchen keine Hetze gegen Ausländer, Asylbewerber und Migranten. Wir brauchen keine historisch idiotische Lobpreisung des deutschen Mittelstands.“

Teichert: „Du hast Dich verrannt in Deinem Zorn - und in Deiner Selbstgerechtigkeit. Nun hat sie Dich eingefangen. Macht und Öffentlichkeit sind ein süßes Gift. Dich hat es erwischt.“ Inzwischen ist er aus dem BSW wiederausgetreten und schreibt: „Aus dem BSW ist eine Sektiererpartei geworden, die Dir noch blind folgt. Du hast der gesellschaftlichen Linken eine weitere Spaltung zugefügt, nur um danach zu erklären die einstigen Linken, die nicht selbstgerecht sein wollten, müssten nun ‚moderne Konservative‘ werden. Das ist komplett irre - und historisch schwerwiegend falsch.“

Trump, Musk und Zuckerberg beginnen den Kulturkampf

„Wir sind für alle da“, heißt es in einer aktuellen Mitteilung des Meta-Konzerns von Mark Zuckerberg, der die globalen Netzwerke Facebook, Instagram und WhatsApp betreibt. Gemeint sind die sogenannten Diversitätsprogramme, die Unternehmen vorschreiben sollen, Menschen nicht einfach nach Leistung,

sondern nach Vielfaltskriterien zu beschäftigen, also Minderheiten bevorzugt anzustellen. Der Meta-Konzern teilt nun mit, dass diese Programme „vor dem Hintergrund einer sich verändernden rechtlichen und politischen Landschaft“ eingestellt würden.

Und gleichzeitig wird auch das Programm beendet, das Lieferanten von Meta bevorzugt, wenn sie selbst Diversitätskriterien folgen.

Viele große Unternehmen in den USA hatten im Zuge der „Black-Lives-Matter“-Bewegung derartige Programme aufgelegt.

Nach dem Wahlsieg von Donald Trump im November 2024 hatten US-Konzerne wie der Supermarktriese Walmart, der Automobilhersteller Ford und der Whisky-Produzent Jack Daniel's ihre Diversitätsprogramm abgeschafft oder deutlich reduziert.

Zuckerberg-Kritiker werfen dem Facebook-Gründer vor, sich den neuen politischen Gegebenheiten in den USA anzupassen. Erst vor Wochen war der frühere Unterstützer demokratischer Präsidenten wie Bill Clinton und Barack Obama zu einem Abendessen in Trumps Villa in Mar-a-Lago, Palm Beach/Florida, mit dem designierten Präsidenten gereist. Anschließend hieß es, Trump und Zuckerberg hätten sich bestens verstanden.

So gut, dass der mächtige Meta-Boss dem neuen Präsidenten für die Festlichkeiten zu dessen Amtseinführung am 20. Januar eine Million US-Dollar spendete. Und mit Dana White, dem Präsidenten der *Ultimate Fighting Championship*, einer Mixed-Martial-Arts-Organisation, wurde ein Trump-Vertrauter in den Vorstand von Meta berufen.

Als sei das alles nicht schon genug Deal mit Trump, setzte sich Zuckerberg dann auch noch vor ein Mikro bei Joe Rogan, dem erfolgreichsten Podcaster der Welt, und erhob schwere Vorwürfe gegen die Biden-Administration. Von dort sei während der Corona-Pandemie immer wieder versucht worden, Meta unter Druck zu setzen, ungewünschte Postings mit Covid-Bezug zu löschen - „*schreiend und fluchend*“, wie Zuckerberg bei Rogan sagte.

Im Interview bei Rogan benannte Zuckerberg eine sogenannte „kulturelle Elite“ aus Journalisten und TV-Nachrichtenmoderatoren als die Schuldigen am politischen Framing in großen amerikanischen Medien und kündigte an, an deren Stelle würde in den Meta-Netzwerken von nun an eine „neue Klasse von Schöpfern“ treten.

Dank sei Elon Musk für dieses Gespräch

Haben Sie gestern das Gespräch zwischen Tech-Milliardär und Trump-Freund Elon Musk und der deutschen AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel verfolgt? Natürlich haben Sie das, viele von Ihnen jedenfalls. Und das ist auch gut so, denn wir alle konnten mal eine ganze Stunde lang zuhören, ohne dauernde Unterbrechungen und „Höcke, Höcke, Höcke“-Geschrei, wie wir das aus den deutschen Staatssendeanstalten kennen.

Im Vorfeld hatte sich das politische Establishment in Berlin bis zur Schnappatmung darüber empört, dass Musk mit seinem globalen Netzwerk X Wahlkampfwerbung für die AfD-Politikerin mache. Aber wenn überhaupt etwas Wahlwerbung für die Rechten war, dann das ganze Brimborium drum herum. Angeblich hätten 150 EU-Beamte das Gespräch verfolgen müssen, um mögliche Verstöße gegen die EU-Richtlinien für soziale Netzwerke festzustellen.

Und die Helden der etablierten Parteien in Berlin lassen prüfen, ob das Gespräch auf X nicht als verdeckte Parteienfinanzierung gewertet und zumindest in Rechnung gestellt werden müsse.

Allein dieser Gedanke zeigt, wie jämmerlich insbesondere die SPD auf die Herausforderung durch die AfD reagiert.

Ob diese Leute gar nicht begreifen, dass sie selbst es sind, die damit Wahlwerbung für die AfD und Alice Weidel betreiben?

Wenn Musk Frau Weidel interviewt, soll das verdeckte Parteienfinanzierung sein? Wenn der Spiegel Herrn Scholz oder Herrn Merz interviewt, dann ist das Journalismus? Hä? Auf den Prozess wäre ich ja mal gespannt, wo Gutachter vortragen, dass man das gar nicht vergleichen könne.

+++Bitte unterstützen Sie freien und engagierten Journalismus durch Ihre Spende auf unser Konto Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @KelleKlaus+++

Das Gespräch gestern war spannend, hat aber nicht wirklich zu neuen Erkenntnissen beigetragen, wenn man davon absieht, dass sich Weidel gut geschlagen hat. Am Anfang spürbar ein wenig nervös, aber in einem guten Englisch, das vielen anderen Bundespolitikern abgeht, wenn wir mal kurz an die Bundesaußenministerin denken. Musk und Weidel haben geplaudert, auch mal gelacht. Bei Themen wie Ukraine-Krieg und Israel trat die AfD-Anführerin in kein Fettnäpfchen, und – das gefiel mir besonders – sie erwähnte gegen Schluss mal, dass Hitlers NSDAP nach Namen und Politik eine sozialistische Partei gewesen ist. Das begreifen viele Deutsche nicht, und ich bin sicher, 99 Prozent der Amerikaner wissen und wussten das auch nicht. Aber es ist richtig.

Alice Weidel hat es gut gemacht

Ob sie nun auch noch wirklich zur Amtseinführung von Donald Trump in zehn Tagen eingeladen wurde, das halte ich dann doch eher für Flurgeschwätz von AfD-Spindoktoren.

Die Bundestagswahl wird das Gespräch gestern nicht entscheiden, aber es war gut, dass wir alle uns einfach mal ein besseres Bild von der Frau machen konnten, ohne in jedem zweiten Satz darauf hingewiesen zu werden, wie wir das Gesagte aufzunehmen haben. Dafür Danke an Elon Musk!

Schwarz-Blau ist machbar, Herr Nachbar!

Österreichs Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat dem Chef der rechten FPÖ, Herbert Kickl, den Auftrag zur Bildung einer neuen Regierung in der Alpenrepublik erteilt. Alles andere wäre auch grotesk, wenn man es mit der Demokratie ernstnimmt. Denn die FPÖ war bei den Nationalratswahlen der große Sieger, die anderen Parteien konnten sich nicht auf einen Koalitionsrahmen einigen. Ja, natürlich musste Van der Bellen den Rechten jetzt diesen Auftrag geben.

In AfD-Kreisen in Deutschland wird Konfetti geworfen angesichts der Entwicklung, in den sozialen Netzwerken überschlagen sich deutsche Kickl-Fans in Fieberträumen: erst Wien, dann Berlin und dann die ganze Welt. Wobei die ganze Welt ist im Grunde schon seit Jahren auf dem richtigen Weg: Orban, Trump, Meloni, Wilders, Milei – die Entwicklung ist ganz eindeutig. Die Menschen, zumindest die, die arbeiten, Familie haben und einfach in Ruhe gelassen werden wollen von dem grün-woken Gesocks überall, haben die Nase voll. Rechts ist böse? Egal, wir wählen sie trotzdem.

Dabei ist in Österreich überhaupt nicht klar, dass es zu einem Bundeskanzler Herbert Kickl kommen wird.

Nur ein paar Stunden, nachdem der Bundespräsident der FPÖ den Auftrag zur Regierungsbildung erteilt hatte, kündigte nämlich Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) an, auf keinen Fall unter einem Kanzler Kickl arbeiten zu wollen. Und nicht nur nicht als Außenminister, sondern er will mit dem Mann überhaupt nicht an einem Kabinetttisch sitzen.

+++Freie Medien existieren nur durch die Unterstützung ihrer Leser+++Bitte spenden Sie für unsere Arbeit auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @KelleKlaus++++

Blau-Schwarz ist kein Selbstläufer

In der Alpenrepublik ebenso wenig wie in Deutschland, wo CDU/CSU und AfD schon jetzt eine klare Mehrheit hätten. Aber da sind die Voraussetzungen anders. Die Union ist hier deutlich die stärkere Kraft gegenüber der AfD. Und das böte Friedrich Merz und den Seinen andere Machtoptionen, um die verheerende Politik der vergangenen Jahre um 180 Grad zu drehen. Aber Friedrich Merz hält an seinen „Brandmauern“ fest – nach rechts eindeutig, nach links schwammig und unglaublich, wenn man betrachtet, dass die CDU in Thüringen jahrelang den vom Volk abgewählten Bodo Ramelow (Linke) an der Macht gehalten hat und Mario Voigt sich jetzt die Mehrheit mit den Stimmen der Stasi-Parteien

zusammengebastelt hat. Helmut Kohl dreht sich im Grabe um angesichts dieser Geschichtslosigkeit.

Die AfD von heute ist bundespolitisch nicht koalitionsfähig

Wer vom Austritt aus EU und NATO schwadroniert, wer in Ostdeutschland ein deutlich sozialistisches Wirtschaftsmodell propagiert und Russlands Angriff auf die Ukraine nicht nur mit ein paar Worthülsen, aber nichts Konkretem, verurteilen kann, der darf nicht an die Macht kommen.

Doch mit einer Partei, die ein Fünftel der Wähler in Deutschland hinter sich versammelt, nicht einmal zu sprechen, das ist ein dramatischer Fehler der Strategen im Konrad-Adenauer-Haus.

Irgendwann werden sie anfangen müssen, das zu tun. Jeder weiß das, außer Friedrich Merz. Aber wir verlieren Zeit, Deutschland nach den Merkel- und Ampel-Jahren wieder in die Spur zu bringen.

Was Herbert Kickl den Wählern in Österreich angeboten hat und anbietet, ist notwendig und richtig. Sogenannte „Rechtspopulisten“ haben das auf freien Medien wie diesem schon seit Jahren deutlich benannt und wurden damit zu Unpersonen erklärt, ausgeschlossen vom freien politischen Diskurs, im schlimmsten Fall tritt auch mal ein SEK die Wohnungstür ein, um unbotmäßige Geister einzuschüchtern, oder sie führen sie Mainstreamfotografen frühmorgens im Bademantel an der Haustür vor.

Kickl und seine FPÖ wollen alle illegal eingereisten Menschen abschieben. Was ist dagegen zu sagen, wenn sie doch illegal eingereist sind? Ist man rechtsradikal, wenn man die eigenen Gesetze ernstnimmt?

Aber Kickl hat viel mehr drauf, als das Thema Migration

„Keine neuen Steuern. Das brauchen wir, um Planungssicherheit für die Unternehmen in Österreich zu haben. Um einen Optimismus auszulösen in diesem Land. Keine Angriffe auf Leistung und auf Eigentum.“ Was ist dagegen einzuwenden? Das klingt wie ÖVP...oder auch CDU. Viel zu lange wird in unseren Ländern diese Politik nicht mehr verfolgt.

„Diese Familie Österreich soll aufblühen und ihr volles Potenzial entfalten können. Und der Ort, an dem sie das tut, das ist die Festung Österreich, die Festung Freiheit“, sagt Kickl, eine deutliche Kampfansage an Ursula von der Leyen und der schrumpfenden EU-Mehrheit. Das ist pures „Austria first!“

Wie es ausgehen wird mit den Verhandlungen in Wien, ist längst nicht ausgemacht. Aber der demokratische Prozess funktioniert, Brandmauern gibt es dort nicht mehr.

CDU-Neujahrsempfang mit Merkel - das muss was mit Drogen sein

Die großen Probleme, mit denen sich Deutschland seit Jahren herumschlagen muss, hat einen gemeinsamen Nenner. Und der heißt Angela Merkel.

Kein anderer Regierungschef seit 1949 hat unserem Land solchen Schaden angerichtet - mit Abstand. Und nebenbei hat sie auch noch die CDU heruntergewirtschaftet.

Grund genug, dass nach den Millionen Wählern, die sich verabschiedet haben, die Union sich nun wieder auf das besinnt, was sie einst groß und stark gemacht hat.

Mit Friedrich Merz könnte das gelingen

So habe ich zumindest gedacht, zumal er mit Carsten Linnemann einen klasse Generalsekretär an seiner Seite hat.

Nun höre ich, dass der nordrhein-westfälische CDU-Landesverband von Heindrik Wüst diese schreckliche Politikerin am 18. Januar zu einem Neujahrsempfang in einer Halle am Düsseldorfer Flughafen als Ehrengast und Rednerin eingeladen hat.

Stehen die alle unter Drogen da in der CDU? Oder wollte Wüst seinem Kanzlerkandidaten, den er so gern beerben möchte, kurz vor der Bundestagswahl einfach nochmal gepflegt in die Suppe spucken?

Eine Wahlkampfunterstützung für Friedrich Merz ist das ganz sicher nicht.

Wann hat unser Land die Regeln der Höflichkeit verloren?

Bei meiner allfrühmorgendlichen Runde mit dem Hund in der Nachbarschaft vorhin kam mir auf der anderen Straßenseite eine junge Frau, vielleicht 20, entgegen und rief freundlich herüber: „Guten Morgen!“ Ich antwortete entsprechend und lächelte, denn gutes Benehmen und Höflichkeit sind in Deutschland selten geworden.

In meiner früheren rheinischen Heimat grüßte auf der Straße niemand, außer in unserer direkten Nachbarschaft, unser Nachbar Gunnar, wenn er frühmorgens zeitgleich mit mir aus dem Haus kam. Klar, dann grüßten wir uns und quatschten auch ein paar Sätze.

Aber in Berlin oder Köln? Da würden Frauen die Genderbeauftragte alarmieren, wenn ein fremder Mann im Vorbeigehen „Guten Morgen!“ wünschen würde. Das wäre schwerste sexuelle Übergriffigkeit. Außer wenn der freundliche Mann vielleicht Ahmed hieße, und vor dem „Guten Morgen!“ noch „Ey, Alter“ sagen würde. Dann wäre das kulturelle Bereicherung.

Ach, es ist alles so kompliziert geworden in Deutschland, oder?

Aber diese Höflichkeit, die früher allorts ganz selbstverständlich war – wo ist die hin? Und warum?

Ich meine, Guten Morgen und Guten Abend, Danke und Bitte – das kann doch nicht so schwer sein, oder?

Und es gibt allen Beteiligten ein gutes Gefühl, wenn man nicht nur mit Respekt behandelt wird, sondern auch mit Freundlichkeit. Oder dass man Damen in den Mantel hilft oder ihnen die Tür aufhält, das gilt heute bei grün-woken Dummköpfen als sexuelle Übergriffigkeit. Ich muss aus eigenen jahrzehntelangen Erfahrungen sagen: Die allermeisten Frauen stehen auch heute noch in Deutschland auf anständige Umgangsformen.

Und für Fortgeschrittene

Wenn man im Restaurant in einer größeren Runde beisammensitzt, vielleicht beim Dinner, und eine Frau steht auf, um den Tisch zu verlassen und auf die Toilette zu verschwinden, dann stehen Gentleman natürlich ebenfalls auf, bis die Dame zurückkehrt und das ganze Ritual wiederholt wird.

Wie so vieles andere hat dieses Land so viel verloren, was es wert wäre, bewahrt zu werden.

Ich verstehe diese Kulturlosigkeit nicht und finde sie furchtbar.

Am Donnerstag erleben wir eine Sternstunde der Demokratie

Elon Musk ist einer der wenigen Menschen, vielleicht der einzige, der unsere Welt entscheidend voran bringt. Der Mann ist ein Genie, ein Visionär, ein Entrepreneur der Spitzenklasse. Er gründete einst den Finanzdienstleister PayPal, machte den Automobilkonzern Tesla zum globalen Erfolg und greift mit seinem Raumfahrtunternehmen SpaceX im wahrsten Sinne des Wortes nach den Sternen. Sein nächster Schachzug dabei: die Kolonialisierung des Planeten Mars. Und wissen Sie was? Ich glaube, er wird das tatsächlich schaffen.

Elon Musk ist der reichste Mann der Welt

Er muss niemandem nach dem Munde reden. Er macht, was er für richtig hält, egal, was die anderen sagen. Und er kann frei denken. Libertär ist er, und ein Unterstützer des alten und neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump, in dessen nächster Regierung er Bürokratie abbauen und den Staat um etwa ein Drittel zurückschrauben soll. Er beschimpft den deutschen Bundespräsidenten und den Bundeskanzler, und die reagieren mit hilflosem Understatement. Gerade hat er den britischen Premierminister Keir Starmer (Labour) frontal angezählt, wegen des nicht aufgearbeiteten Vergewaltigungsskandals von Rotherham, wo über 15 lange Jahre Hunderte Kinder und Jugendliche von pakistanischen Jugendbanden sexuell missbraucht wurden, ohne dass Polizei und Behörden einschritten.

Und jetzt hat Musk auf X, ehemals Twitter, auch noch einen Aufruf „Free Tommy Robinson“ gestartet. Robinson ist ein Rechtsextremist, der in Haft sitzt, weil er trotz gerichtlicher Unterlassungsverfügung angeblich falsche Behauptungen über einen syrischen Flüchtling verbreitete. Na, da ist was los im Vereinigten Königreich, kann ich Ihnen sagen...

+++Elon Musk hat genug Geld dafür+++Viele freie Medien haben das leider nicht oder zu wenig+++Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @KelleKlaus+++

Twitter gehört Musk, klar. Er hat es für 44 Milliarden Dollar gekauft, um wieder Meinungsfreiheit in das globale Netzwerk zu bringen, das zuvor von Vertretern der Denkverbote und der Politischen Correctness geführt wurde.

Allein dafür ist Elon Musk mein Held

Und am kommenden Donnerstag wagt er erneut Unerhörtes. In einem weltweit übertragenen Live-Gespräch seiner X-Spaces interviewt er die AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel. Einfach so. Miteinander sprechen, hören, was sie den wahrscheinlich Millionen Zuhörern zu sagen hat.

Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ hatte vor Jahren den Spruch „Abenteuer Meinungsfreiheit“ für eine Abo-Kampagne. Und das trifft es genau.

Nach Jahren der zähen Correctness-Soße in deutschen Mainstreammedien – auch überall in den westlichen Staaten – ist jetzt wieder freie Rede möglich, ohne dass man sich fürchten muss, bei falscher Gesinnung beruflich und geschäftlich sanktioniert oder mit medialem Liebesentzug bestraft zu werden.

Es wird endlich wieder, wie es in einer freien westlichen Gesellschaft eigentlich selbstverständlich sein muss: Jeder hat das Recht zu denken und zu sagen, was er oder sie will. Glauben Sie nicht, lesen Sie nach in unserem Grundgesetz unter Artikel 5.

Elon Musk öffnet die Fenster für Gedanken- und Meinungsfreiheit. So wie es einst Papst Johannes XXIII zur Eröffnung des II. Vatikanischen Konzils am 11. Oktober 1962 seiner Kirche verordnete: Die Fenster zur Welt weit aufstoßen.

Ich freue mich auf das Gespräch von Musk und Weidel am Donnerstag. Weil, egal, was die beiden da reden, es wird völlig frei sein. Und jeder auf der Welt kann einfach zuhören und sich eine eigene Meinung zu bilden, ohne die ARD, den Deutschen Journalistenverband oder das Bundesamt für Verfassungsschutz vorher zu fragen. Es wird eine Sternstunde der Demokratie...